

Basel, 25. März 2010

Medienmitteilung

Kranke Spitalpolitik Keine Auslagerung der Spitäler auf Kosten des Personals!

Als Hauptargument für Auslagerungen und Privatisierung wird von politischer Seite gerne und oft das nationale Krankenversicherungsgesetz (KVG) bemüht, welches die Spitalfinanzierung regelt und die Einführung der Fallpauschalen (DRG) postuliert. So auch heute in unserer Region. Fakt ist jedoch: Es gibt keine gesetzliche Verpflichtung zur Auslagerung!

Demokratische Steuerung zwingend!

Heute gilt: Die öffentlichen Spitäler arbeiten selbständig, bei Bedarf kann aber auf demokratischem Weg Einfluss genommen werden. Lohnexzesse und kostspielige Fehlentscheide waren und sind dadurch nicht möglich. **Durch Auslagerungen wird die demokratische Kontrolle und Steuerungsmöglichkeit eingeschränkt.** Es werden Verwaltungsräte, Spitalräte, Managementboards installiert, die nicht mehr den Gesamtüberblick haben und die Gesamtverantwortung wahrnehmen sondern die unmittelbaren betrieblichen Markt-Interessen in den Vordergrund stellen. **Der unbegrenzten Mengenausweitung und damit der Kostenexplosion im Gesundheitswesen kann aber nur durch gezielte und überlegte Steuerung begegnet werden.** Diese Möglichkeit der demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung darf nicht aus der Hand gegeben werden.

Und gegen die Rosinenpickerei der privaten Anbieter hilft nur eins: **mehr demokratische Einflussnahme und verstärkte politische Steuerung bei den Privaten.** Die Steuerung über die Spitalliste und vor allem über die Leistungsaufträge muss konsequenter erfolgen. Private Spitäler haben sich an den öffentlichen Spitalern zu orientieren und nicht umgekehrt.

Zuerst wird ausgelagert dann privatisiert!

In einem Spital muss zwingend bereichsübergreifend zusammengearbeitet werden. Durch eine Auslagerung und Verselbständigung der Betriebe werden einzelne Bereiche zueinander in Konkurrenz gesetzt. Das Kerngeschäft, die medizinische und pflegerische Versorgung, ist dadurch nicht unmittelbar in Gefahr, aber sämtliche weiteren Dienste, z.B. Reinigung, Hotellerie, Informatik, Pharmazie, Therapie, sind bei einer Auslagerung in einem zweiten Schritt akut privatisierungsgefährdet. Dadurch entstehen unnötige Schnittstellen, der Koordinationsbedarf nimmt zu, gleichzeitig schwindet die Identifikation für die Dienstleistung als ganzes und den Betrieb, die Qualität nimmt ab und die Arbeitsbedingungen werden prekariert.

Regionale Koordination im Gesundheitsbereich ist zwingend!

Der vpod stellt sich nicht gegen nötige Strukturbereinigungen im Gesundheitsbereich. Insbesondere unterschiedliche Entwicklungen der Patientenzahl und in der Demographie machen Überlegungen zur Zusammenarbeit und/oder Zusammenlegung sinnvoll. Partnerschaftliche Projekte sind jedenfalls für das Personal durch die Uebernahme der kantonalen Personal- und Lohngesetze abzusichern.

Pflegenotstand

Der Personalmangel im Gesundheitswesen droht alarmierende Ausmasse anzunehmen. Gerade heute, wo die Personallücke jährlich um ca 4600 Personen (Schweiz) zunimmt, gilt es, besonders Sorge zu tragen zum Personal. Ein wichtiger Faktor für gut versorgte Patienten ist motiviertes und qualifiziertes Personal. Dazu braucht es gute Anstellungs- und Arbeitsbedingungen. Mit Auslagerungen geraten diese in Gefahr und somit auch die Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität.

Fazit

Wettbewerb durch Auslagerung und Privatisierung bringt nicht mehr Qualität sondern vorab schlechtere Anstellungsbedingungen für das Personal, steigende Preise und höhere Kosten für die Allgemeinheit. Aus den ernüchternden Erfahrungen mit Liberalisierung und Deregulierung in anderen Bereichen (z.B. Strommarkt) und dem Ausland (z.B. Deutschland) sollten wir lernen und nicht die gleichen Fehler machen. Gesundheit ist nicht Strom - Spitäler sind keine Elektrizitätswerke! Für den vpod region basel ist ein „Modell IWB“ im Gesundheitsbereich keine Option, denn:

- Es gibt keine bundesgesetzlichen Vorgaben, die eine Auslagerung rechtfertigen oder gar erzwingen würden.
- Mit und durch Auslagerungen wird der Einfluss des Parlaments beschnitten.
- Auslagerungen sind der erste Schritt Richtung Privatisierung.
- Auslagerungen haben gravierende Folgen für das Personal, Auslagerungen führen nicht per se zu besseren Dienstleistungen für die Kundschaft.
- Die Rosinenpickerei privater Anbieter gilt es zu verhindern: Private Anbieter müssen zwingend in die Grundversorgung eingebunden sein. Ein (überregionales) koordiniertes Vorgehen ist dabei unerlässlich.
- Die Gesundheitsversorgung gehört zu den Kernaufgaben eines Staatswesens. Dass diese Aufgabe auch als Teil der Verwaltung effizient, modern und kundenfreundlich angeboten wird, ist nicht nur wünschbar sondern machbar und vor allem unabhängig von der Rechtsform.

Der vpod region basel wehrt sich mit allen demokratischen Mitteln und politischen Instrumenten gegen ein Grounding des Gesundheitssystems und setzt sich ein für eine gute und finanziell tragbare Gesundheitsversorgung für alle.

Für weitere Informationen:

Urs Müller 079 507 46 88

Susanne Nese 076 347 41 99